



„Schadenfreude ist mir fremd“

Vom Gesundheitssystem bis zur Sozialhilfe liegen die größten Reformen in den Händen von **KORINNA SCHUMANN** (SPÖ). Warum die Gesundheits- und Sozialministerin vor einer Basisversorgung für Asylwerbende warnt und sie das gesetzliche Pensionsantrittsalter „gar nicht“ erhöhen will.

Interview: Max Miller Foto: Alexandra Unger

Frau Schumann, Sie verantworten fast die Hälfte des Bundesbudgets. Wo kürzen Sie 2027 und 2028 weiter?

Korinna Schumann: Wir haben bereits im letzten Jahr Einsparungsmaßnahmen getroffen. Und wenn man in diesem Haus spart, ist das immer schmerzhaft. Das trifft die Menschen.

Sie können noch keine konkreten Bereiche nennen?

Schumann: Nein, das werden die Verhandlungen zeigen.

Die Regierung will bis 2029 rund zwei Milliarden Euro an Förderungen einsparen. Das sind auch Hunderte Millionen Euro in Ihren Bereichen weniger.

Schumann: Wir werden sehen, wie das genau aufgeteilt wird und wo Förderungen auslaufen. Es braucht den Blick auf die gesamte Förderstruktur.

Sorgen Sie sich als Arbeitsministerin, dass zu viele Jobs verloren gehen, wenn der Staat bei Förderungen so stark spart?

Schumann: Wir haben ein genaues Auge darauf, wie wir Förderungen einsetzen, um Menschen zu helfen. Dafür brauchen wir die NGOs. Rotes Kreuz, Hilfswerk, Volkshilfe und all die Träger sind unverzichtbar. Würde man die Träger ins Wanken bringen, hätten wir große Probleme in unserem Land.

Bei Förderungen für Menschen mit Behinderungen haben Sie schon stark gespart. Wird dieser Bereich nun 2027 und 2028 von Einsparungen verschont?

Schumann: Wir müssen uns gemeinsam anschauen, wo wir noch sparen könnten, aber auch, wo es nicht mehr geht.

Sie sind nicht privat versichert. Macht es Ihnen Sorgen, dass die ÖGK Leistungen kürzt und Selbstbehalte erhöht?

Schumann: Auch die ÖGK ist in einer Situation, die Einsparungen notwendig macht. Aber das liegt in der Selbstverwaltung. Die ÖGK bestimmt selbst, wo sie spart.

Der Bund könnte Geld zuschießen.

Schumann: (Lacht.) Diese finanziellen Möglichkeiten sind leider nicht gegeben.

2027 und 2028 wird es vom Bund nicht noch mehr Geld für die ÖGK geben?

Schumann: Aus unserer Sicht gibt es derzeit keine Möglichkeit, weitere Mittel zuzuschießen.

Seit der Sozialversicherungsreform von ÖVP und FPÖ haben die Arbeitgeber faktisch eine Mehrheit in der ÖGK, die nur Arbeitnehmer versichert. Erschwert das die Lösungssuche?

Schumann: Die türkis-blaue Zusammenlegung der ÖGK hat die Gesundheitsversorgung in diesem Land verschlechtert. Und es erschwert die Interessensvertretung für die Menschen, die in der ÖGK versichert sind und die Beiträge zahlen. Diese Strukturveränderung in der Selbstverwaltung war wirklich kein Glücksgriff, aber Ex-Ministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) hat selbst gesagt: Das war ein Marketing-Schmäh.

Die Versicherten bekommen für ihr Geld immer weniger Leistungen. Wird sich dieser Trend in Ihrer Amtszeit durchziehen?

Schumann: Ich würde nicht sagen, dass die Versicherten weniger Leistungen bekommen. Manches wird eingeschränkt, ja. Aber ich denke, dass wir am Ende der Periode sagen können, dass es mehr Leistungen gibt. Weil wir gezielte Maßnahmen setzen, um eine bessere Versorgung zur Verfügung zu stellen.

Konkrete Schritte setzen Sie über den Gesundheitsreformfonds. In den nächsten Wochen verteilen Sie daraus für 2026 eine halbe Milliarde Euro. Wohin fließt das Geld?

Schumann: Es geht einerseits um Prävention und Vorsorge: Kinder sollen schon in der Schule Gesundheit lernen, Menschen im mittleren Alter öfter zu Vorsorgeuntersuchungen gehen und Ältere eine bessere geriatrische Versorgung erhalten. Der andere Teil ist der Ausbau der Primärversorgungseinrichtungen (PVE): Wir haben derzeit österreichweit 112 PVE, bis 2030 wollen wir auf 300 kommen. An dieser Versorgungslandkarte arbeiten wir gerade, das wird die Gesundheitsversorgung wesentlich verbessern.

Wie viele Einzelarztpraxen sollen durch die 178 neuen PVE (siehe Grafik) ersetzt werden?

Schumann: Es wird Veränderungen geben, etwa wenn sich drei Praxen zu einem großen Zentrum zusammenschließen oder weil viele Ärztinnen und Ärzte in Pension gehen. Aber es muss auch zusätzliche Kassenarztstellen geben, weil wir die Versorgung verbessern wollen.

Woher sollen die zusätzlichen Ärztinnen und Ärzte kommen?

Schumann: Medizinstudentinnen und -studenten interessieren sich für Allgemeinmedizin. Und PVE sind nicht nur für Patientinnen und Patienten, sondern auch für Ärztinnen und Ärzte attraktiv, weil sie sich zusammenschließen können.

Falls Sie alle neuen PVE füllen, fehlen Ihnen die Medizinerinnen und Mediziner woanders.

Schumann: Der Anteil junger Mediziner, die sich vorstellen können, im kassenärztlichen System zu arbeiten, steigt. Außerdem bin ich guter Dinge, dass sich dann auch Wahlärztinnen und -ärzte in diese Kassenstruktur einfinden.

Wollen Sie die Honorare von Wahlärztinnen und Wahlärzten deckeln?

Schumann: Wir müssen die Privatisierung der Gesundheit eindämmen. Honorare zu deckeln, ist ein Vorschlag. Wichtig ist, dass man sieht, wie hoch die Behandlungskosten sein werden.

Die Kosten zu kennen, bringt wenig, wenn es der einzige zeitnahe Termin ist.

Schumann: Das ist der zweite Auftrag: Um das öffentliche System zu stärken, müssen wir die Versorgung verbessern. Daran arbeiten wir.

Wo sind die größten Widerstände im Gesundheitssystem?

Schumann: In den Reformarbeitsgruppen ist der Konsens wirklich stark. Natürlich stößt man immer wieder an Interessensgrenzen. Aber es ist allen klar, dass wir das öffentliche Gesundheitssystem stärken und in die Zukunft bringen wollen.

Eine konkrete Grenze verläuft zwischen Wien und Niederösterreich: Wien verschiebt planbare Behandlungen von Patientinnen und Patienten aus anderen Bundesländern auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Sie akzeptieren das einfach?

Schumann: Wir müssen jetzt eine Struktur aufbauen, damit es das Problem der Gastpatienten nicht mehr gibt. Wir müssen in Gesundheitsregionen denken. Und natürlich ist auch die Finanzierungsfrage wesentlich.

Die Einführung von Gesundheitsregionen würde Jahre dauern.

Schumann : Das Zusammenwirken und der finanzielle Austausch kann auch in Gesprächen geklärt werden.

Bis wann?

Schumann: Ich nenne jetzt keinen Zeithorizont. Ich würde mich freuen, wenn man zu einer guten Lösung kommt. Und wenn der Austausch zwischen den Bundesländern nicht über den Balkon, sondern im Wohnzimmer stattfinden würde.

Wer hat aus Ihrer Sicht recht in diesem Streit zwischen Wien und Niederösterreich?

Schumann: Für mich ist es eine Konsensfrage. Wir müssen miteinander einen Weg finden, damit nicht durch Konflikte das Gefühl entsteht, dass die Versorgung nicht gesichert ist.

Asylwerbende sollen nur noch eine medizinische Grundversorgung erhalten, fordert Kanzler Christian Stocker (ÖVP). Wie soll diese Basisversorgung konkret aussehen?

Schumann: Ich kenne nur das Schlagwort. Aber ich warne davor, das Gesundheitssystem in Basisversorgung und Zusatzversorgung zu teilen. Wir brauchen ein System, das allen die Möglichkeit gibt, gesund zu werden. Selbst aus reinem Selbstschutz ist es nicht klug, hier auseinanderzudividieren: Stellen Sie sich vor, Sie sitzen in der Straßenbahn neben jemandem, der nur die Basisversorgung kriegt, und der hat eine ansteckende Krankheit.

Sie kennen kein genaues Modell zu einem zentralen Vorschlag des Kanzlers?

Schumann: Der Vorschlag war in keiner Arbeitsgruppe Thema. Man kann alles diskutieren, aber man muss sich gut überlegen, was die Auswirkungen sind. In der jetzigen Situation müssen wir uns von Schlagworten verabschieden.

Also kommt die medizinische Grundversorgung für Asylwerber nicht?

Schumann: Wenn ich ein Konzept auf den Tisch bekomme, schaue ich es mir an. Aber die Idee ist nicht neu, und bisher war sie kein Erfolgsmodell.

Ein weiterer Konfliktbereich mit der ÖVP ist die Neuregelung der Sozialhilfe, die ab 2027 gelten soll.

Schumann: Das ist kein Konfliktbereich, sondern ein sehr komplexer Arbeitsbereich. Wir müssen hier Lösungen finden, mit denen wir alle leben können. Und das ist nur in guten und ausdauernden Verhandlungen zu erreichen.

ÖVP-Klubobmann August Wöginger will das neue Sozialhilfegesetz so bald wie möglich beschließen, weil es budgetrelevant ist.

Schumann: Es ist besser, wir diskutieren in Ruhe, bevor man irgendwas huschpfusch macht und das wieder vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wird. Die Rahmenbedingungen liegen auf dem Tisch, und wir haben schon viel erreicht, indem wir eine enge Abstimmung zwischen Landesbehörden und AMS gesichert haben. Das ist einer der wichtigsten Schritte: Wir müssen jene, die arbeiten können, rasch aus der Sozialhilfe herausbekommen.

ÖVP und Neos fordern bei der Sozialhilfe eine bis zu dreijährige Integrationsphase für Zugewanderte. In dieser Zeit sollen sie keine Sozialhilfe erhalten, sondern eine deutlich niedrigere Integrationsbeihilfe. Laut einem von Ihrem Sozialministerium beauftragten Gutachten müsste diese Wartephase aber auch für Österreicherinnen und Österreicher gelten.

Schumann: Verfassungsrechtlich können wir keinen Unterschied machen. Deshalb müssen wir einen Weg finden, wie wir Personen, die zu uns geflüchtet sind, in den Arbeitsmarkt integrieren. Inklusive Sprachkurse und allem, was man braucht, um am Arbeitsmarkt erfolgreich sein zu können.

Die Menschen in Österreich werden immer älter und bleiben länger in Pension. Warum wehrt sich die SPÖ derart gegen die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters?

Schumann: Wenn die Menschen nicht einmal bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter gesund in Beschäftigung bleiben, dann ist jede Anhebung des Pensionsantrittsalters de facto nur eine Pensionskürzung. Wir müssen schauen, wie wir Menschen in Beschäftigung halten. Da haben wir einige Maßnahmen gesetzt: Wir passen die Altersteilzeit schrittweise an, haben die Teilpension auf den Weg gebracht und die Korridorpension verändert. Und bis 2032 steigt das Frauenpensionsantrittsalter auf 65.

Die Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters zeigt, wie lange Pensionsreformen dauern. Müsste man nicht jetzt anfangen, das gesetzliche Pensionsantrittsalter zu erhöhen?

Schumann: Ich bin happy, wenn wir das gesetzliche Pensionsantrittsalter erreichen. Das ist die Aufgabe.

Das werden Sie nie erreichen. Es gibt immer Menschen, die früher in Pension gehen.

Schumann: Natürlich. Aber jeder Monat, den Menschen real länger in Beschäftigung verbringen, hilft.

Ab welchem faktischen Antrittsalter würden Sie das gesetzliche erhöhen?

Schumann: Gar nicht. Wir haben einen Nachhaltigkeitsmechanismus beschlossen. Wenn diese Faktoren bis 2030 nicht erreicht sind, müssen wir uns unterhalten. In dem Rahmen arbeiten wir jetzt.

Viele Menschen fürchten, dass ihr Arbeitsplatz durch künstliche Intelligenz (KI) verdrängt wird. Ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis Maschinen günstiger als Menschen sind?

Schumann: Es gibt Felder wie Pflege oder Gesundheitsbetreuung, wo der menschliche Faktor zählt. In anderen Bereichen, bei wiederkehrenden Arbeiten, bei Verwaltungstätigkeiten, kann KI viel erleichtern. Aber wir müssen aufpassen, dass wir Arbeit so definieren, dass jeder eine Chance auf Arbeit hat. Das ist die Zukunftsfrage.

Ihr Ziel bleibt Vollbeschäftigung statt einem bedingungslosen Grundeinkommen?

Schumann: Beschäftigung muss das Ziel sein. Aber derzeit finanzieren wir unsere Systeme stark über Arbeit. Wir werden auch auf europäischer Ebene darüber nachdenken müssen, ob nicht Gewinne aus digitalen Geschäften die staatlichen Strukturen stärker stützen sollen.

Sie haben ein riesiges Ressort. Wie viel arbeiten Sie pro Woche?

Schumann: Ich arbeite eine Menge, aber dafür werde ich bezahlt.

Bereitet es Ihnen als Gewerkschafterin Freude, dass Sie als Ministerin jetzt am Geldhebel sitzen und die Arbeitgeber zu Ihnen kommen müssen?

Schumann: Schadenfreude ist mir fremd. Ich komme aus der Sozialpartnerschaft. Da schaut man, dass man gemeinsam eine Lösung findet.